

BLICKPUNKT



Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 07

Oktober 2007

Jahrgang 36

2,6 Millionen Kinder in Armut / 204 in der Stadt Heidenheim

DKP-Antrag im Gemeinderat:

Schulbeihilfe für arme Kinder!

Dass ein DKP-Antrag überhaupt auf die Tagesordnung des Heidenheimer Gemeinderats aufgenommen wurde, war schon erstaunlich.

Aber dass die DKP-Vertreter nichts zu ihrem Antrag sagen konnten, ist mehr als bemerkenswert. Nicht das erste Mal hat Oberbürgermeister Ilg das Kunststück fertig gebracht, gleich nach dem Aufruf der Tagesordnung auch schon die Abstimmung vorzunehmen, um so der DKP völlig das Wort zu entziehen.

Einstimmig beschlossen hat nun der Gemeinderat, den Antrag der DKP vorerst zurückzustellen und ihn im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu diskutieren. Die DKP bleibt dabei: „Schule kostet Geld – Geld, das HartzIV-Bezieher und Arbeitnehmer mit kleinen Verdiensten nicht haben!“. Deshalb beantragten die beiden DKP-Stadträte Reinhard Püschel und Wilhelm Benz schon am 3. September 2007 in einem Schreiben an die Stadtverwaltung und den Gemeinderat, einen kommunalen

Schulmittelfonds einzurichten, um die Chancen von Kindern aus einkommensschwachen Haushalten zum Schulbeginn zu



DKP Stadträte Wilhelm Benz und Reinhard Püschel

verbessern. Aus dem Fonds sollen die Kosten für notwendige Schulsachen wie Schulranzen, Füller, Hefte und Turnbeutel erstattet werden. Die DKP weist dabei auf andere Städte wie Oldenburg, München, Osnabrück, Chemnitz, Göttingen oder den Landkreis Dahme-Spreewald, die bereits kommunale Schulhilfen eingeführt haben. Für die kleinen ABC-Schützen ist der erste Schultag ein aufregendes Ereignis, auf das sie sich freuen. Für Eltern hinge-

gen ist die Einschulung eine teure Sache: Die Grundausrüstung für ein Schulkind mit Schulranzen, Mäppchen, Bleistifte und Sportschuhen kostet rund 180 Euro.

Auch die SPD-Fraktion im Gemeinderat hat zu erkennen gegeben, dass sie einen ähnlichen Antrag zu den Haushaltsplanberatungen stellen wird. Sollte es dazu kommen, stünden die Chancen natürlich günstiger, dass der Antrag eine Mehrheit im Gemeinderat bekommen

könnte. Dann würden die DKP-Stadträte Püschel und Benz diesem SPD-Antrag zustimmen.

Vordergründig ist die finanzielle Hilfe für die Kinder. Diese Hilfe müsste auch nachträglich geleistet werden, denn die Einschulungen '07 sind längst abgeschlossen.

Sozial is' muss!

**Profite besteuern
statt Arme schröpfen!**

Die Gagfah / GBH zeigt ihre Zähne

Und OB Bernhard Ilg sein wahres Gesicht.

Die GBH als ehemalige gemeinnützige Baugesellschaft ist auf den Tag genau nach 100 Jahren von einer Heuschrecke gefressen worden.

Der von dem Stadt-, den Industrie- und Bankmanagern geheim verhandelte Verkaufs-Deal der GBH Gesellschafter an die Heuschrecke Gagfah lässt sich bereits heute gegenüber den Tausenden Mietern, den GBH-Beschäftigten und wenn man so will auch gegenüber den „Kleinaktionären“ als Skandal belegen.

Unter vorgehaltener Hand hört man, dass selbst die konsequenten Befürworter des Verkaufs-Deals an ihren ehemaligen Entscheidungen zweifeln.

DKP Stadtrat Püschel in seinem Bericht zur DKP Hauptversammlung: „Die Versprechen der Gagfah sind Makulatur“. Zu Recht, denn bei den Beschäftigten der GBH geht wachsende Unsicherheit und Angst um. Sie fürchten um ihre berufliche Zukunft. Für Mieter sollen die Reklamationsrechte zu ihren Nebenkostenabrechnungen nach Frankfurt verlagert und so erschwert werden. Heidenheimer Handwerker beklagen sich über schwindende Aufträge zur Auslastung ihrer Beschäftigung. Selbst sog. Kleinaktionäre, die über Jahre gute Rendite eingefahren haben, fühlen sich geprellt. Ihre Aktien sollen

zwangsweise von den Gagfah-Mehrheitseignern zurückgekauft werden.

Aus der Sicht der Mieter, der GBH-Beschäftigten und der Handwerker, selbst der sog. „Kleinaktionäre“: ein Scherbenhaufen bleibt übrig.

Auf einer Fachtagung zur „Privatisierung kommunaler und kirchlicher Immobilienbestände“



verkaufte sich OB Ilg als Experte für Privatisierungen von städtischem Eigentum.

Die Aussage von OB Ilg am 17. Mai 2006 auf die Frage zu Verkaufsabsichten der GBH: „Der Stadt Heidenheim ist nichts davon bekannt, das GBH-Anteile verkauft werden sollen“ Und am 03. März 2007 auf die Frage zum Zeitpunkt des Beginns der Verkaufsgespräche antwortete OB Ilg: „Vor knapp 2 Jahren (also bereits 2005) gab es die

ersten Kontakte“. CDU OB Ilg versicherte mehrfach, dass zwischen den Großaktionären vereinbart worden sei, alles vertraulich zu beraten. Diese „Vertraulichkeit“ so OB Ilg am 06.10.2007: „Bei öffentlicher Diskussion hätten die Verkaufsverhandlungen vermutlich nicht zum Ziel geführt. Und er erklärte weiter, dass er es nicht anders machen würde und dass er den

gescheiterten Bürgerentscheid als Mutmacher für weitere Privatisierungen sieht. Solche Aussagen im Hochglanzmagazin des „Handelsblatt“ zeigen seine Industrie- und Bankenhörigkeit. Dass der CDU OB Ilg nicht auf der Seite der vielen Mieter und nicht als der vom Volk gewählte OB steht, lässt sich deutlich an seiner Aussage belegen: „Der Versuch, diese Zusammenhänge in der Öffentlichkeit zu ver-

mitteln, ist gescheitert, weil er erst nach dem Verkaufsabschluss des Gemeinderats begonnen wurde und damit zu spät kam.“ CDU OB Ilgs Geheimdiplomatie war für die Großaktionäre erfolgreich. Diese Geheimdiplomatie aber bleibt ein Skandal gegenüber der Heidenheimer Öffentlichkeit. CDU OB Ilg ein wahrhaft guter Vertreter des „Großen Geldes“ und ein guter Werbeträger für die Privatisierung und den Verkauf von Wohnungen an „Heuschrecken“.



Mieterschutz verkauft

Gerade mal ein halbes Jahr ist vergangen nachdem in Heidenheim ein Bürgerentscheid zum GBH-Aktienverkauf seinen Abschluss fand. Die Befürworter des Bürgerentscheids befürchteten eine Verschlechterung im Wohnungs- und Mietenbereich. Die Gegner hingegen posaunten lauthals von einer positiven Wende. Der Mieter habe keine Nachteile zu befürchten! Die Stadtratsfraktionen der CDU und Freien Wähler, sowie die Chefs von Voith und Kreissparkasse sahen in dem Aktien-Deal einen verbesserten Mieter- und Bestandschutz. Trotz Protesten waren sie aber nicht bereit, den Inhalt des Vertrags-Deals offen zu legen. Allen voran war es Oberbürgermeister Bernhard Ilg, der in aller Öffentlichkeit versprach: Der Mieterschutz wird sogar über das

gesetzliche Maß hinaus gewährleistet.

Jetzt, Mitte Oktober 2007 führte die GBH auf Weisung der GAGFAH ihre letzte Hauptversammlung durch. Hundert Jahre hatte die GBH auf dem Buckel. Dieser Geburtstag ist nun auch zu ihrem Begräbnis geworden.

Warum die GBH ihre Hauptversammlung nicht in Heidenheim sondern im fernen Düsseldorfer Congress-Center abgehalten hat, scheint vielen einzuleuchten. Man wollte sich unliebsame Kritiker vom Halse halten. Man bedenke nur, der mit vollmundigen Versprechungen auftretende Oberbürgermeister und langjährige Aufsichtsratsvorsitzende der GBH, Bernhard Ilg, müsste durch ein Spalier protestierender Bürger in den Versammlungssaal gehen. Und das zu einer Zeit, wo am 11. November die Oberbürgermeisterwahl in Heidenheim ansteht.

Die Heidenheimer „Seilschaft“

eine unzertrennliche Verbindung von CDU / Freie Wähler, den Banken, Aktiengesellschaften, der freien Wirtschaft und der Kommunalpolitik



Auch wir, die Stadtwerke, sind dabei!
Unsere Kunden zahlen ja.

Auf geht's - nauf geht's!
Kormann! "Das schaff ich schon!"

Bernhard!
ziehhh..doch!

Hallo Lehmann, wir von den Freien und Du von der CDU, wir sind die Mehrheit, wir sind dabei!
Wir machen das Ding!

Wir von der Sparkasse sind neutral.
Wir geben die Kredite und sahnen ab. Ha-ha !

Hallo Uli Grath, na klar! „Spitze“
Wir machen das Ding !
Es fehlt doch einer! Wo ist der HZ - "Pressezar"?
Den brauchen wir doch!

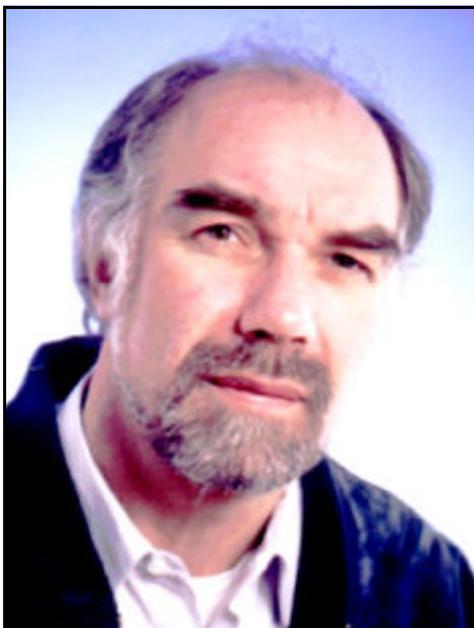
Liebe Heidenheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine „Seilschaft“ ist eben nicht nur eine unzertrennliche alpinistische Verbindung. Es gibt auch unzertrennliche politische und wirtschaftliche Verbindungen. Solche Verbindungen reichen hinein nicht nur in die große Politik, auch die Kommunalpolitik bleibt von solchen politischen und wirtschaftlichen Kooperationen nicht verschont. Schauen wir also genau hin. Politische „Seilschaften“ zählen zu wichtigen kommunalen Interessenverbindungen. Wo lagen denn z.B. die Interessen beim Verkauf der GBH an die Gagfah?

Schlossbergprojekt gegen die Stimmen der DKP und GRÜNE durchgesetzt

DKP: „Haben die Heidenheimer einen Nutzen von Halle und Hotel?“

Schon jetzt werden bis zu 600 000 Euro Folgekosten erwartet.

Dass das Schlossbergprojekt für die Heidenheimer Steuerzahler zu einer teuren Angelegenheit wird, hat die Gemeinderatssitzung vom 27. September 2007 deutlich gemacht. Bis zu 600 000 Euro Folgekosten pro Jahr können entstehen, wenn die Erwartungen bei Halle und Hotel sich nicht erfüllen. Für die DKP machte Stadtrat Püschel in der besagten Sitzung nochmals deutlich: „Heute gibt es mehr Unwägbarkeiten finanzieller Art. Können sich die Industrie bzw. die Gesellschafter aus den Verträgen ausklinken? Wie sehen die Verträge aus? Hat die Bevölkerung überhaupt einen Nutzen von Halle und Hotel auf dem Schlossberg? Wird am Ende die Bevölkerung zur Kasse gebeten? Hat die Stadt dann den schwarzen Peter? Diese Fragen der DKP-Vertreter im Gemeinderat konnten die Verantwortlichen der Stadtverwaltung nicht bzw. nur ausweichend beantworten. Am Ende stimmten 26 Stadträte (CDU/SPD/Freie Wähler) dem Baubeschluss zu. Acht Stadträte, darunter die beiden DKP-Stadträte und fünf der



DKP-Stadtrat Püschel:
Für Defizite bei Hotel und Halle muss die Industrie aufkommen.

GRÜNEN, votierten dagegen. Nach einer Umfrage der Heidenheimer Zeitung: „Sind Sie froh über den Baubeschluss?“ antworteten 60 Prozent der Teilnehmer mit NEIN! Der Heidenheimer Steuerzahler hat

auf jeden Fall die Kosten für die Halle und die der Außenanlagen, 24,7 Millionen Euro, zu tragen. Hinzu kommt das jährlich vermutete Defizit von bis zu 600 000 Euro. Die Halle baut die städtische Konzerthaus GmbH. Die 35 Prozent Beteiligung der Stadt bei der Entwicklungsgesellschaft Schlossberg (EGS) die das Luxushotel baut, kosten den Steuerzahler 3,7 Millionen Euro. Bei eventuell anfallenden Umsatzdefiziten ist die Stadt bzw. der Steuerzahler, ebenso mit 35 Prozent beteiligt.

Abweichend vom so genannten Kerngeschäft, übernimmt die Stadtwerke AG, eine 100-Prozentige Tochter der Stadt, den Bau und Betrieb der Tiefgarage und der Außenparkierung. Die rund fünf Millionen Euro Baukosten und die zu erwartenden Folgekosten von rund 200 000 Euro jährlich, bedeuten eine Extraabgabe der Strom-Gas- und Wasserkunden. Für die Energieversorgung von Halle und Hotel zeichnen die Stadtwerke mit einem Contracting-Vertrag, den keiner zu Gesicht bekommt, verantwortlich.

**Bis jetzt
140.500 Unterschriften zum
NPD-Verbot**
www.npd-verbot-jetzt.de

nnpd
NPD-Verbot jetzt!

Noch brutaler geworden

In der ersten Hälfte dieses Jahres haben Neonazis mehr Menschen verletzt als zuvor. Das geht aus Antworten der Bundesregierung auf Anfragen der Linksfraktion hervor. Danach ging die Zahl der registrierten Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zwar von 389 auf 324 zurück; die Zahl der Verletzten stieg jedoch von 256 auf 324, also um über 25 Prozent. Insgesamt wurden im 1. Halbjahr 5.321 rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten registriert (im gleichen Vorjahreszeitraum waren es 5.901). Dabei handelt es sich allerdings erst um vorläufige Zahlen, die meistens noch ergänzt werden.

Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und
andere Publikationen kosten Geld
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen
DKP Heidenheim
Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 03
Kreissparkasse Heidenheim
Vielen Dank!